

## Forschungspolitik\*

CHRISTIAN FISCHER-DIESKAU

Aus der Fülle der Entwicklungen und Entscheidungen des Jahres 1982<sup>1</sup> kennzeichnen in besonderem Maße zwei Projekte die Forschungspolitik der Europäischen Gemeinschaft: Mit dem im Dezember 1982 vorgelegten Vorschlag für eine europäische Strategie auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik – Rahmenprogramm 1984–1987 – setzt die Kommission den von ihr 1981 eingeschlagenen Weg einer Neuordnung der EG-Forschungspolitik fort. Die zähe Beharrlichkeit, mit der das zuständige Kommissionsmitglied, Vicomte Davignon, die Forschungstätigkeit der Europäischen Gemeinschaft neu zu ordnen und klar auszurichten sucht, ist eindrucksvoll. Denn dieser Weg ist beschwerlich. Eingefahrene Strukturen verlassen zu wollen, stößt regelmäßig auf Hindernisse. Wie dünn zugleich die Basis europäischer Gemeinsamkeit ist, zeigt der vom Ministerrat erzwungene Abbruch des größten Einzelprojektes der Gemeinsamen Forschungsstelle, des Projekts Super-Sara. Beide Vorgänge sind symptomatisch für die Entwicklung der Forschungspolitik im Jahre 1982 und verdienen daher eine gründlichere Betrachtung.

### *Das Super-Sara-Projekt*

Das Super-Sara-Projekt, ein Vorhaben der Reaktorsicherheitsforschung, wurde bereits in den Jahren 1977, 1978 konzipiert<sup>2</sup>. Untersucht werden sollten die Auswirkungen eines Kühlmittelverlustes auf das Verhalten der Brennstäbe eines Reaktorkerns. Die Ausgangslage für dieses Projekt schien günstig: die Forschungsanstalt Ispra der Gemeinsamen Forschungsstelle verfügte über einen für ein derartiges Großexperiment besonders geeigneten Forschungsreaktor. Dieser Forschungsreaktor war zwar bis zum Ende der 70er Jahre der italienischen Regierung zur Durchführung ihres nationalen Kernforschungsprogrammes überlassen worden, sollte aber ab 1980 wieder der Gemeinschaftsforschung zur Verfügung stehen. Der schwere Störfall des Kernkraftwerkes „Three Mile Island“ in Harrisburg, USA, gab dem Projekt Super-Sara eine zusätzliche Aktualität und unterstrich die Notwendigkeit einer europäischen Forschungsbemühung auf dem Gebiet der Kühlmittelverlust-Störfälle.

Obwohl das Super-Sara-Projekt nicht alle Probleme und Fragen würde lösen können, so waren dennoch von diesem technisch wie auch wissenschaftlich ehr-

---

\*Dieser Artikel bringt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors zum Ausdruck.

geizigen Vorhaben wichtige Beiträge zur internationalen Forschung zu erwarten. Nach dem, in die sog. Euratom-Krise der 60er Jahre einmündenden Abbruch des Projektes der Entwicklung einer eigenen europäischen Reaktorlinie erhob die Gemeinsame Forschungsstelle mit dem Projekt Super-Sara zum ersten Mal wieder den Anspruch auf ein europäisches Großforschungsvorhaben. Die Bereitschaft des Ministerrats und der durch ihn vertretenen Mitgliedstaaten, die Verantwortung für ein solches Großforschungsobjekt den Institutionen der Gemeinschaft zu übertragen, wurde somit auch zum Gradmesser eines wachsenden Vertrauens in die Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft.

Wie dünn jedoch diese Vertrauensbasis nach wie vor ist, zeigte aber bereits der Ratsbeschluß vom 13. März 1980 über das Mehrjahresforschungsprogramm der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) für die Jahre 1980 bis 1983. Zwar beschloß der Rat im Grundsatz die Durchführung des Super-Sara-Projektes; gleichzeitig bewilligte er jedoch nur die für das erste Jahr erforderlichen Mittel in Höhe von 3 Mio. Rechnungseinheiten, d.h. nicht einmal 10% der auf 54 Mio. Rechnungseinheiten geschätzten Gesamtmittel. Über die Fortführung des Projektes und die Freigabe der Gesamtmittel sollte erst nach Ablauf des ersten Jahres entschieden werden. Am 18./19. Mai 1981 beschloß dann der Rat die Fortsetzung des Projektes und die Freigabe der Mittel, baute in seine Entscheidung zugleich aber erneute Vorbehalte ein. Alle diese Vorbehalte dienten dem Ziel, die von der Kommission für die 6–8jährige Gesamtdauer des Projektes geschätzten Gesamtkosten festzuschreiben und eventuelle Mehrkosten zu Lasten anderer Forschungsprojekte der Gemeinsamen Forschungsstelle abzufangen.

Als daher die Kommission am 2. August 1982 den Vorschlag für eine Revision des laufenden Mehrjahresforschungsprogramms der GFS vorlegte und in diesem Revisionsvorschlag die Zustimmung zu einer sowohl inhaltlichen wie auch finanziellen Ausweitung des Super-Sara-Projektes erbat, trat der Konflikt offen zu Tage. Auf insgesamt vier Ratstagungen von November 1982 bis März 1983 wurde um die Zukunft des Projektes gerungen. Der Schlußstrich wurde am 10. März 1983 gezogen, als der Ministerrat lapidar feststellte, „daß die Mittel des GFS nicht mehr für das Projekt Super-Sara verwendet werden“<sup>3</sup>. Der Aufwand mehrerer Jahre war damit vergeudet; ein Projekt war aus Gründen gescheitert, die zwar nicht nur, aber doch wohl überwiegend in der Interessenslage und in den Entscheidungsverfahren des Ministerrates zu suchen sind.

#### *Rahmenprogramm 1984–87*

Einen wichtigen Impuls für die EG-Forschung bedeutet hingegen der im Dezember 1982 von der Kommission verabschiedete Vorschlag für ein Rahmenprogramm der EG-Forschung für die Jahre 1984–87<sup>4</sup>. Ausgehend von dem Orientierungsdokument vom Oktober 1981<sup>5</sup> werden in dem Rahmenprogramm die Zielvorstellungen der EG-Forschungspolitik der kommenden Jahre im einzelnen entwickelt und zum ersten Mal alle bereits vorhandenen EG-For-

schungs- und technologischen Entwicklungs-Vorhaben in einen Gesamtzusammenhang gebracht.

Auch methodisch ist die Kommission bei der Erarbeitung des Rahmenprogrammes neue Wege gegangen, indem sie frühzeitig die anderen Gemeinschaftsorgane konsultierte. Mit den EG-Forschungsministern wurden die Zielvorstellungen der Kommission mehrfach abgestimmt. Nachdem in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre der EG-Forschungsministerrat nur noch sehr selten zusammengetreten war, stellte er 1982 mit drei Sitzungen einen Rekord auf. Der Energie- und Forschungsausschuß des Europäischen Parlaments beauftragte seinerseits sein Mitglied, Rolf Linkohr (SPD), mit der Ausarbeitung eines Initiativberichts über Probleme und Aussichten der gemeinschaftlichen Forschungspolitik. Dieser Bericht<sup>6</sup>, der in der Plenarsitzung des EP am 18. November 1982 diskutiert, und in einer Entschließung zusammengefaßt, fast einstimmig gebilligt wurde, gab für das Rahmenprogramm zahlreiche Anregungen. Gleiches gilt für die vom Wirtschafts- und Sozialausschuß der EG auf seiner Plenarsitzung vom 27./28. Januar 1982 verabschiedete Studie zu den „Zielen und Prioritäten einer gemeinsamen Politik der Forschung und Entwicklung“<sup>7</sup>.

Aus den Gründungsverträgen zur Europäischen Gemeinschaft, aus der aktuellen Lage von Wirtschaft und Gesellschaft wie auch aus ihrer außenpolitischen Verantwortung ergeben sich für die Gemeinschaft die Anforderungen, an denen sich die EG-Forschungspolitik orientieren will:

### Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von Landwirtschaft und Fischerei

Steigende Kosten und Überproduktion stellen diesen Schlüsselbereich der Gemeinschaft vor große Probleme. In der Landwirtschaft muß mit vermehrten Forschungsanstrengungen versucht werden, für die Überschußprodukte neue Verwendungsmöglichkeiten zu finden oder eine Umstellung auf solche Produkte durchzusetzen, an denen in Europa ein echter Bedarf besteht. Mais, Tabak, Futterpflanzen, Holz und andere für die Energiegewinnung aus Biomasse geeignete Pflanzen kommen dabei in Betracht. Die Bekämpfung von Tier- und Pflanzenkrankheiten, die energiewirtschaftliche Verwertung landwirtschaftlicher Abfälle, die Entwicklung und der Einsatz fortgeschrittener Technologien (Genetik, Fernerkundung) sind weitere Beispiele notwendiger Agrarforschung. Als vollintegrierte Gemeinschaftspolitik und als größter Kostenfaktor des Gemeinschaftshaushalts braucht der Gemeinsame Agrarmarkt eine entsprechende gemeinsame Agrarforschung. Gleiches gilt für die Forschung im Dienst der gemeinsamen Fischereipolitik.

### Förderung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit

Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen und Arbeitsplätze schaffen bzw. sichern zu können, muß die europäische Industrie sich verstärkt neuen Technologien zuwenden. Hierzu gehört zum einen die Modernisierung der herkömmlichen Industrien mit Hilfe neuer Technologien (Lasertechnik, neue

Werkstoffe, rechnergestützte Herstellungsverfahren usw.). Hierzu gehört aber auch die Bildung neuer Industriezweige durch Förderung und Entwicklung entsprechender Technologien. Der gesamte Bereich der Informationstechnologien mit seinen vielfältigen Aspekten (Mikroelektronik, Technik der hochintegrierten Schaltkreise, Softwaretechnik und fortgeschrittene Informationsverarbeitung, Bürotechnik, automatisierte Übersetzung, Industrieroboter usw.) ist ebenso angesprochen wie das Gebiet der Biotechnologien, deren Anwendungsbereiche von der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, der pharmazeutischen Industrie, des Umweltschutzes, der Energiewirtschaft bis hin zur Feinchemie reichen. Gezielte Forschung ist vor allem in den Schlüsselsektoren Biochemie und Genetik erforderlich; dabei geht es um Aspekte wie die Domestizierung der Gene, der Enzyme und der Mikroorganismen und die Entwicklung der Fundamentalerkenntnisse der Zell- und Molekularpathologie.

#### Verbesserung der Rohstoffbewirtschaftung

Das Industriepotential der Gemeinschaft in seiner Rohstoffversorgung zu 75 und in einigen Fällen sogar zu 100 % vom Ausland abhängig. Dies macht die Gemeinschaft verwundbar, zumal die bekannten Rohstoffreserven häufig nur auf einige wenige Drittländer konzentriert sind. Durch eine bessere Erforschung von Lagerstätten in großer Tiefe oder durch Entwicklung von Offshore-Techniken kann die Gemeinschaftsforschung dazu beitragen, diese Rohstoffabhängigkeit zu verringern. Neue Technologien müssen entwickelt werden, um Lagerstätten mit marginaler Rentabilität abzubauen oder arme und komplexe Erze nutzen zu können. Holzforschung einschließlich der Papiergewinnungstechnik muß ein zweiter Schwerpunktbereich sein; denn nach dem Erdöl bildet Holz den zweitgrößten Posten im Handelsdefizit der Gemeinschaft. Schließlich gilt es, die Wiedergewinnung von Rohstoffen durch verbesserte Sortier- und Behandlungsverfahren für Industrie- und Hausmüll sowie durch Rückgewinnung besonders seltener Metalle zu fördern.

#### Verbesserung der Bewirtschaftung der Energieressourcen

Angesichts der Importabhängigkeit der Gemeinschaft in der Energieversorgung muß die nukleare wie nicht nukleare Energieforschung, dieser inzwischen schon klassische Bereich europäischer Forschungstätigkeit, fortgesetzt werden. Dies gilt sowohl für die nukleare Sicherheitsforschung, die Bewirtschaftung der radioaktiven Abfälle, die Kernkraftstillegung oder auch die Strahlenschutzforschung. Dies gilt aber auch für die Fortsetzung der Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der kontrollierten thermonuklearen Fusion einschließlich der Großversuchsanlage Joint European Torus (JET) oder für die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen, wie der Nutzung der Sonnenenergie, der Energiegewinnung aus Biomasse, der Windenergie und der Erdwärme und nicht zuletzt auch für die auf einen rationellen und sparsamen Einsatz von Energie abzielenden Forschungsarbeiten.

### Erweiterung der Entwicklungshilfe

In den Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt hat die Gemeinschaft durch das Abkommen von Lomé wegweisende und beispielhafte Initiativen entwickelt. Entsprechend dem entwicklungspolitischen Konzept der Gemeinschaft – Hilfe zur Selbsthilfe – muß sie ihre wissenschaftliche und technologische Hilfe an die Dritte Welt ausbauen und dabei das Schwergewicht zunehmend auf die Zusammenarbeit und die Entwicklung des wissenschaftlichen und technologischen Potentials der Dritten Welt legen. Vorrangig sind die Probleme von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei und der Kampf gegen die Versteppung. Weitere Forschungsthemen sind Bevölkerung und Gesundheit (Ernährungsprobleme, Tropenkrankheiten, demographische Studien), geologische Erkundung, Energie und Umwelt (Hydrogeologie und Klimatologie).

### Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Die menschliche Gesundheit und die Natur sind durch schädliche Faktoren bedroht, die vor den Landesgrenzen nicht halt machen. Die Europäische Gemeinschaft bietet daher einen idealen Rahmen, um das ‚Wunder der Natur‘ näher zu ergründen. Vorrangige Forschungsthemen im Gesundheitsbereich sind die Beziehungen des Menschen zu seiner Lebens- und Arbeitsumwelt, die Entwicklung neuer Diagnose- und Behandlungstechniken sowie die Probleme von Fortpflanzung, Wachstum und Alter. Im Bereich des Umweltschutzes sieht die Gemeinschaft ihre Aufgabe in einer verstärkten Forschungszusammenarbeit.

### Verbesserung des wissenschaftlichen und technischen Potentials

In Forschung und Entwicklung gibt es Bereiche, die sich einer Programmierung entziehen. Flexibilität ist notwendig, damit die Gemeinschaft von Fall zu Fall schwerpunktmäßig Forscherteams oder Forschungstätigkeiten dort unterstützen kann, wo sich Engpässe oder Möglichkeiten zu fachübergreifender Zusammenarbeit oder aber völlig neue Wege für die Forschung abzeichnen. Solche Perspektiven bieten beispielsweise die Ozeanographie, die Nutzung des Welt-raums zur Entwicklung neuer Werkstoffe, die Wissenschaft der metallischen Verbundstoffe und der Biowerkstoffe, die Informations- und Kommunikationswissenschaften sowie die Wissenschaften des komplexen Systems.

Im Vergleich zur bisherigen Ausrichtung der Gemeinsamen Forschungspolitik ergeben sich aus dem Rahmenprogramm zusammenfassend folgende Veränderungen:

- Die größten Zuwachsraten sind für die Verbesserung der landwirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit vorgesehen. Die jährlichen Ausgaben sollen hier von etwa 150 Mio. ECU auf 350 Mio. ECU steigen und damit mehr als verdoppelt werden. Der relative Anteil innerhalb der Forschungsausgaben insgesamt soll von 23,7 % auf 37,4 % anwachsen.

- Mit einem Gesamtanteil an den Forschungsausgaben von über 49 % wird die nukleare wie auch nicht-nukleare Energieforschung zwar weiterhin den größten Ausgabenposten bilden; da der bisherige Anteil der Energieforschung jedoch bei über 63 % lag, läßt sich deutlich die Absicht erkennen, diese einseitige Ausrichtung der EG-Forschung zugunsten anderer Forschungsaufgaben zurückzuschrauben.
- Für die Nutzung der Rohstoffe, den Ausbau von Wissenschaft und Forschung in und für die Entwicklungsländer sowie für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sind zwar zum Teil erhebliche Zuwachsraten vorgesehen; der Anteil am Gesamtvolumen wird jedoch unter 20 % verbleiben.

Mit der Vorlage des forschungspolitischen Rahmenprogramms ist die Kommission ihrer Aufgabe gerecht geworden, klare Ziele zu setzen und einen überzeugenden Beitrag der Gemeinschaft zur Bewältigung gemeinsamer Probleme anzubieten.

### Anmerkungen

- 1 Siehe Sechzehnter Gesamtbericht über die Tätigkeiten der Europäischen Gemeinschaften 1982, Brüssel/Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG 1983.
- 2 Vgl. Christian Fischer-Dieskau, Forschungspolitik, in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1980, Bonn 1981, S. 205-210, hier S. 207.
- 3 Bulletin der EG, 3/1983, S. 62.
- 4 Siehe Dok. KOM(82) 865 endg.

- 5 Siehe Christian Fischer-Dieskau, Forschungspolitik, in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1981, Bonn 1982, S. 256-261, hier S. 258.
- 6 Bericht Linkohr im Namen des Ausschusses für Energie und Forschung zu Problemen und Aussichten der Gemeinsamen Forschungspolitik, Dok. EP, 1-654/82, in: ABl. der EG, C 334 v. 20. 12. 1982.
- 7 Dok. CES 1033/81 fin, Berichterstatter: Herr Conture.

### Weiterführende Literatur

- Danzin, André, Wissenschaft und Wiedergeburt Europa, Frankfurt: Campus Verlag 1980.
- Kommission der EG (Hrsg.), Vorschlag für eine europäische Strategie auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik - Rahmenprogramm 1984-1987, Brüssel, 21. Dez. 1982 (Dok. KOM(82) 865 endg.)
- Lindner, Roland, Europäische Politik für Forschung und Bildung, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1977.